



Abstimmung vom 23.9.2018

Deutliches Nein zu umfassender Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik

Abgelehnt: Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

Moritz Schley

Empfohlene Zitierweise: Schley, Moritz (2019): Deutliches Nein zu umfassender Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Die Bauerngewerkschaft Uniterre stösst sich daran, dass in der Schweiz seit Jahren durchschnittlich zwei bis drei landwirtschaftliche Betriebe pro Tag schliessen müssen und die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten zunimmt. Mit einer Volksinitiative will sie Abhilfe schaffen und in der Schweizer Agrar- und Lebensmittelpolitik eine radikale Wende herbeiführen: Ziel der Initiative sei eine gesunde, regionale, ökologische und einträgliche Landwirtschaft. Dafür soll der Bund umfassende Massnahmen ergreifen; unter anderem die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Landwirtschaft vereinheitlichen, Zölle auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln erheben, den direkten Handel zwischen Produzenten und Konsumenten verstärken und ein Gentechnik-Verbot einführen. Gemeinsam mit mehr als 70 Organisationen gelingt es Uniterre, genügend Unterschriften zu sammeln.

Der Bundesrat spricht sich gegen die Initiative «Für Ernährungssouveränität» aus, da sie der Agrarpolitik des Bundes in wesentlichen Punkten widerspreche. Auch im Parlament hat die Initiative einen schweren Stand. Mit Ausnahme der Grünen sprechen sich alle Fraktionen dagegen aus. Bürgerliche warnen vor einer etatistischen Landwirtschaft, Freisinnige befürchten, die Initiative verhindere künftige Freihandelsabkommen. Die SP sorgt sich um steigende Lebensmittelpreise, welche die erhöhten Einfuhrzölle bewirken könnten. Hinzu kommen formale Argumente. Über Parteigrenzen hinweg ist man sich einig, dass der Initiativtext redundant sei und das Prinzip der Einheit der Materie nicht respektiere. Ein direkter Gegenentwurf eines Sozialdemokraten, dessen Text deutlich kürzer ist, findet indessen keine Unterstützung. Die Grünen betonen vergeblich, dass die Initiative für Ernährungssouveränität einen Richtungswechsel in der Landwirtschaftspolitik hin zu mehr Nachhaltigkeit ermögliche.

In den Schlussabstimmungen votieren der Nationalrat mit 146 zu 23 Stimmen bei 24 Enthaltungen und der Ständerat mit 37 zu 1 Stimme bei 4 Enthaltungen deutlich gegen die Initiative. Während die Grünen-Fraktion fast geschlossen Ja stimmt, teilen sich die Stimmen der SP-Fraktion auf Gegner, Unterstützer und Enthaltungen auf. Einige wenige Ja-Stimmen und Enthaltungen kommen aus der Fraktion der traditionellen Bauernpartei SVP.

GEGENSTAND

Der Initiativtext ist ausserordentlich detailliert, er umfasst mehr als ein Dutzend Absätze. Konkret verlangt er vom Bund die Förderung einer vielfältigen, kleinbäuerlichen und gentechfreien Landwirtschaft. Der Strukturwandel soll gestoppt und die Anzahl Bäuerinnen und Bauern wieder erhöht werden – Angestellte sollen einheitliche Arbeitsbedingungen und faire Löhne erhalten. Weiter soll der Bund dafür sorgen, dass Lebens- und Futtermittel überwiegend aus einheimischer und nachhaltiger Produktion stammen. Auf ausländische Produkte sollen Zölle erhoben wer-

den. Die Einfuhr von Produkten, die den in der Schweiz geltenden sozialen und ökologischen Bedingungen nicht genügen, soll ganz verweigert werden können.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Parteiparolen folgen einem klaren Links-Rechts-Schema. Grüne, SP und PdA empfehlen ein Ja, alle anderen Parteien ein Nein. Die Befürwortenden erhalten Unterstützung vom Kleinbauernverband. Die grössere Bauernorganisation, der Schweizer Bauerverband, beschliesst Stimmfreigabe.

Das Nein-Komitee wird vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse angeführt und wirbt unter dem Motto «2x Nein zu den Agrar-Initiativen» gleichzeitig auch gegen die Fair-Food-Initiative (Vorlage 621). Aus ihrer Sicht steht die Initiative für Ernährungssouveränität in totalem Widerspruch zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem und zur Politik des Bundes. Die Initiative forcieren einen übermässigen Eingriff des Staates, sie trage protektionistische und planwirtschaftliche Züge. Eine Freisinnige spricht überspitzt von einer «Sowjetisierung». Leidtragende der Initiative seien aufgrund steigender Lebensmittelpreise die Konsumentinnen und Konsumenten.

Die Befürwortenden haben deutlich weniger Ressourcen als ihre Gegnerinnen und Gegner, zumal sich die Grünen hauptsächlich auf die von ihnen selbst lancierte Fair-Food-Initiative fokussieren, die am selben Tag zur Abstimmung kommt (Vorlage 621). Die Kampagne für die Ernährungssouveränitäts-Initiative ist von Idealismus geprägt. Das Ja-Komitee sieht sich als Teil einer globalen Bewegung. Das Konzept der Ernährungssouveränität stehe für Selbstbestimmung und sei die Antwort auf die schädlichen Aspekte des Freihandels. Alle Völker hätten das Recht, sich mit ökologisch, sozial und lokal produzierten Lebensmitteln zu versorgen. Die Initiative wolle diese Forderungen in der Schweiz umsetzen. Der Bund müsse für eine gesunde Ernährung und eine umweltfreundliche, sozialverträgliche Landwirtschaft sorgen.

Die ablehnenden Stimmen haben im Abstimmungskampf die Überhand: Die Medien berichten mehrheitlich negativ über die Initiative (fög 2018), und in den Inseratespalten der Presse sind sogar ausschliesslich die Gegner der Initiative präsent (Heidelberger/Bühlmann 2018).

ERGEBNIS

Mehr als zwei Drittel lehnen die Initiative ab (68,4% Nein), dies bei einer niedrigen Stimmbeteiligung von 37,5%. Während in vier Westschweizer Kantonen eine Ja-Mehrheit resultiert (Genf 60,0%, Waadt 57,1%, Jura 54,1% und Neuenburg 52,7%), wird die Initiative in der Deutschschweiz flächendeckend und deutlich abgelehnt. In Obwalden, Nidwalden, Schwyz und Appenzell Innerrhoden liegen die Nein-Anteile sogar über 80%. Die Ergebnisse ähneln damit stark jenen zur Fair-Food-Initiative, über die am gleichen Tag abgestimmt wird.

Die Voto-Nachbefragung (Tresch et al. 2018) zeigt denn auch, dass fast 90% der Abstimmenden bei beiden Initiativen gleich abstimmten, wobei sie über die Ernährungssouveränitäts-Initiative schlechter informiert waren. Selbst im linksgrünen Lager stiess die Initiative demnach auf Vorbehalte. Während immerhin 71% der Anhängerschaft der Grünen Ja stimmten, zeigte sich das SP-Lager (55% Ja) ähnlich gespalten wie schon die SP-Fraktion. Die bürgerlichen Wählerinnen und Wähler befolgten die Nein-Parolen ihrer Parteien hingegen gut.

QUELLEN

fög (2018). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 23. September 2018, Bericht vom 21. September 2018*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2018). *Inseratekampagnen zu den Abstimmungen vom 23. September 2018. Zwischenstand vom 14.9.2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Künzler, Johanna; Salathe, Laura; Ziehli, Karel (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative „Für Ernährungssouveränität“, 2014 - 2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 15.7.2019.

Tresch, Anke, Laurent Bernhard, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta (2018). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 2018*. Aarau, Lausanne, Luzern: ZDA, FORS, LINK.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 17.023).

Bundesblatt: BBl 2017 1611.